

## Forderungen anlässlich der Koalitionsverhandlungen

von

Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF) e.V. & Jugendliche ohne Grenzen (JoG)

Die Politik der letzten Jahre unter Führung der Großen Koalition war geprägt durch zahlreiche Asylrechtsverschärfungen, die drastische Auswirkungen auf das Leben von geflüchteten jungen Menschen haben. Gleichzeitig hat sich eine zunehmende Verschiebung des politischen Diskurses vollzogen: Statt Menschen- und Kinderrechte in den Fokus zu rücken, werden Fragestellungen zu Flucht und Migration fast ausschließlich unter sicherheitspolitischen Aspekten diskutiert, wobei es zu einer zunehmenden Verrohung der Debatten kommt.

Geflüchtete junge Menschen brauchen Sicherheit und Perspektiven – stattdessen leben sie oft in einer belastenden Ungewissheit in Bezug auf ihre Zukunft, in Sorge um ihren Aufenthaltsstatus und um ihre Familien, von denen sie durch die Flucht getrennt wurden. Sie müssen permanent gegen zahlreiche Hürden ankämpfen, die ihnen Teilhabemöglichkeiten versperren. Es bedarf eines grundlegenden Kurswechsels, hin zu einer menschenrechtsorientierten Asyl- und Migrationspolitik, welche die besonderen Bedarfe von geflüchteten Kindern und Jugendlichen und Aspekte des Kindeswohls berücksichtigt. Diese müssen bei Regelungen, welche die Minderjährigen betreffen, ins Zentrum gestellt werden.

Jugendliche ohne Grenzen (JoG) ist ein bundesweiter Zusammenschluss von jugendlichen Geflüchteten, in dem sie gemeinsam für ihre Rechte kämpfen, u.a. Bleiberecht für alle, gleicher Zugang zu Bildung, Arbeit und Wohnen sowie die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention. Seit der Gründung 2005 bringen so junge Menschen ihre Expertise und ihre Forderungen selbstbestimmt und mit Nachdruck in politische Diskurse ein.

Der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF) setzt sich für die Rechte und Teilhabemöglichkeiten junger Geflüchteter ein. Durch bundesweite Einzelfallberatung, eine jährliche [Online-Befragung](#) zur Situation junger Geflüchteter unter Fachkräften und die Organisation zahlreicher Vernetzungs- und Fortbildungsangebote sammelt der BumF laufend Erkenntnisse über aktuelle Bedarfe und erarbeitet auf dieser Grundlage Vorschläge für Politik und Praxis.

JoG und BumF e.V. fordern in dieser gemeinsamen Erklärung SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auf, die folgenden maßgeblichen Punkte in den Koalitionsverhandlungen und bei der künftigen Gestaltung einer gemeinsamen Politik zu berücksichtigen. Dabei können die in dem Papier genannten Maßnahmen nur als beispielhafte Schritte einer vieldimensionalen Vorgehensweise aufgefasst werden, um den genannten dringend notwendigen Kurswechsel zu vollziehen.

- 1. Recht auf Asyl stärken und faire Asylverfahren gewährleisten**
- 2. Bleiberecht statt Abschiebung**
- 3. Unkomplizierte Ermöglichung von Familienzusammenführungen – für alle**
- 4. Berücksichtigung der Rechte und Bedarfe geflüchteter Jugendlicher im SGB VIII**
- 5. Wirksame Strategien gegen Rassismus und Mehrfachdiskriminierungen**
- 6. Gute Bildung von Anfang an – auch für geflüchtete Kinder und Jugendliche**
- 7. Recht auf Wohnen für junge, geflüchtete Menschen und ihre Familien**
- 8. Schluss mit Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen**

## 1. Recht auf Asyl stärken und faire Asylverfahren gewährleisten

2020 blieben [nur 37,2 % der BAMF-Bescheide vor den Gerichten bestehen](#). Damit ist belegt: Es fehlt eine sorgfältige Prüfung des Einzelfalls. Vom nicht rechtlich, sondern politisch verwendeten Begriff der „Bleibperspektive“ muss Abstand genommen werden. Dieser wird von unterschiedlichen Behörden genutzt, um junge Menschen in ihren Teilhabe- und Zukunftsperspektiven zu beschneiden und ihr Recht auf Asyl in Frage zu stellen. Problematisch sind auch die Rücknahme- und Widerrufverfahren mit denen junge Geflüchtete, die oft schon vor einigen Jahren unbegleitet nach Deutschland kamen, konfrontiert werden. Die Einreise und das Asylverfahren als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) bleiben dabei vollständig unberücksichtigt. Solche Verfahren stützen sich auch darauf, dass die Volljährigkeit eingetreten ist und somit die kind- und jugendspezifische Fluchtsituation (vorgeblich) nicht mehr bestünde. Hier werden junge Menschen, die bereits ihr Hilfesystem durch Erreichen der Volljährigkeit mehrheitlich verloren haben, in eine Existenzunsicherheit gebracht. Ehemalige umF sowie andere vulnerable Gruppen sollten grundsätzlich von Rücknahme- und Widerrufverfahren ausgeschlossen sein.

## 2. Bleiberecht statt Abschiebung

[Zehntausende Kinder und Jugendliche](#) leben in Deutschland mit dem unsicheren Status der Duldung. Ihr Alltag ist geprägt von Perspektivlosigkeit und der Einschränkung sozialer Rechte. Die neue Bundesregierung muss auch diesen und allen anderen geduldeten Menschen Perspektiven eröffnen! Die „Duldung light“ mit Ausbildungs- und Arbeitsverbot gehört abgeschafft. Bestehende Bleiberechtsregelungen müssen großzügig und unbürokratisch umgesetzt werden. Darüber hinaus braucht es ein generelles Bleiberecht nach fünf Jahren, für Minderjährige und ihre Familien nach drei Jahren. Mit großer Sorge betrachten wir das im Sondierungspapier formulierte Ziel Rückführungen zu beschleunigen. Abschiebungen sind mit Aspekten des Kindeswohls unvereinbar. Von ihnen muss in Bezug auf Minderjährige – auch im Familienverbund – grundsätzlich abgesehen werden. Wir erinnern Grüne und SPD an ihre Ablehnung von Rückführungen in Kriegs- und Krisengebiete!

## 3. Unkomplizierte Ermöglichung von Familienzusammenführungen – für alle

Im Sondierungspapier ist festgehalten, dass Familienzusammenführungen beschleunigt werden sollen. Diesem Versprechen müssen unbedingt umfangreiche Schritte folgen, um endlich der derzeitigen Praxis ein Ende zu setzen: Familiennachzüge werden durch die Behörden regelmäßig verzögert und verhindert. Die Verfahren sind komplex und kräftezehrend, die Ungewissheit über deren Ausgang für Betroffene, insbesondere auch für minderjährige Geflüchtete, eine massive Belastung. Ein Kurswechsel in diesem Punkt muss auch beinhalten: Geschwister gehören zur Familie – Geschwisternachzug muss ermöglicht werden. Zudem müssen die Einschränkungen für subsidiär Geschützte aufgehoben werden. Das Recht auf Familie nach Art. 6 GG muss für alle gelten!

## 4. Berücksichtigung der Rechte und Bedarfe geflüchteter Jugendlicher im SGB VIII

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind in erster Linie Kinder – ihr Schutz und ihre Förderung obliegt der Kinder- und Jugendhilfe! Die kommende Bundesregierung trägt die Verantwortung, das SGB VIII mitzugestalten und bestehende Benachteiligungen zu beenden. Das gesonderte quotenbasierte Verteil- und Zuständigkeitsverfahren für umF gehört in seiner jetzigen Form

abgeschafft! Es muss durch ein ausschließlich am Kindeswohl orientiertes Verfahren ersetzt werden. Ebenso müssen pädagogische Verfahren in der Alterseinschätzung und ein vollumfänglicher Rechtsschutz gestärkt werden. Medizinische Untersuchungen sind gesetzlich auszuschließen. Im Zweifel gilt: für die Minderjährigkeit! Spezifische Bedarfe ehemaliger umF sind in den Hilfen für junge Volljährige zu beachten. Zudem muss die Förderung von Strukturen, in denen die psychosoziale Versorgung junger Geflüchteter geschaffen werden kann, vorangetrieben werden.

## 5. Wirksame Strategien gegen Rassismus und Mehrfachdiskriminierungen

Rassismus und Mehrfachdiskriminierung, als gesamtgesellschaftliches Phänomen, betreffen junge Geflüchtete in besonderer Weise und belasten ihren Alltag mitunter massiv. Die neue Regierung muss dieser Problematik entschlossen entgegentreten. Dazu gehört die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen, insbesondere migrantischer (Jugend-)Selbstorganisationen. Die im Sondierungspapier genannte Einführung eines Demokratiefördergesetzes ist hierbei ein wichtiger Baustein. Um Rassismus und Mehrfachdiskriminierung besser erfassen und letztlich bekämpfen zu können, müssen bestehende und neue Forschungsprogramme unterstützt werden. Zudem braucht es unter anderem den Ausbau und die Förderung niederschwelliger, bedarfsgerechter Beschwerde- und Beratungsangebote für betroffene Jugendliche. Programme zur Aufklärung und Sensibilisierung von Behördenmitarbeitenden, die mit jungen Geflüchteten arbeiten, müssen ausgeweitet bzw. angestoßen werden.

## 6. Gute Bildung von Anfang an – auch für geflüchtete Kinder und Jugendliche

Die Corona-Pandemie hat die zuvor schon bestehenden eklatanten Defizite im Bereich der Bildungsgerechtigkeit noch verschärft! Gerade geflüchtete Kinder und Jugendliche dürfen jetzt nicht vergessen werden. Ihr Recht auf Bildung und gerechte Bildungschancen ist zu gewährleisten! Der Zugang zu Kitas, vorschulischer Sprachbildung und Hort muss zügig ermöglicht werden, damit ein Ankommen und eine schnelle Förderung möglich sind. Die Voraussetzungen für den schnellen Übergang von Willkommensklassen in Regelklassen müssen individuell-bedarfsorientiert gestaltet werden. Für neu eingereiste junge Volljährige bedarf es des Ausbaus von Regelbildungsangeboten jenseits der Schulpflicht. Ebenso soll bundesweit aktive und multilinguale Elternarbeit etabliert und gefördert werden. Der Bund muss hierbei Länder und Kommunen aktiv unterstützen und entsprechende Förderungsinstrumente schaffen.

## 7. Recht auf Wohnen für junge, geflüchtete Menschen und ihre Familien

Wohnen ist ein Menschenrecht und jeder Mensch braucht angemessenen Wohnraum. Dazu haben sich auch die Grünen in ihrem Parteiprogramm bekannt. Dieses Recht muss uneingeschränkt auch für geflüchtete junge Menschen und ihre Familien gelten! AnKER-Zentren und funktionsgleiche Einrichtungen müssen abgeschafft werden – sie sind [kein Ort für Kinder](#) und unvereinbar mit den Standards der UN-Kinderrechtskonvention. Der Aufenthalt in Erstaufnahmeeinrichtungen soll auf wenige Wochen begrenzt werden. Hierfür macht sich auch die unter anderem von JoG angestoßene [Kampagne „Kein Ort für Kinder“](#) stark. Die Unterbringung in Wohnungen muss Vorrang vor der Unterbringung in Sammelunterkünften haben. Ehemalige umF sind nach der Beendigung der Jugendhilfe besonders häufig von Wohnungslosigkeit bedroht. Ziel und Zweck der Jugendhilfe werden so konterkariert – dem muss durch Maßnahmen zur Sicherstellung von Wohnraum für Care-Leaver entgegengewirkt werden.

## 8. Schluss mit Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen

Die europäische Abschottungspolitik führt zur Entrechtung von Schutzsuchenden und zu einer humanitären Notlage an den EU-Außengrenzen. Die neue Regierung muss auf ein Ende der Menschenrechtsverletzungen – u.a. der menschenrechtswidrigen Pushbacks – hinwirken. Das im Sondierungspapier erklärte Vorhaben, Anstrengungen unternemen zu wollen, das Sterben auf dem Mittelmeer und das Leid an den EU-Außengrenzen zu beenden, muss durch umfangreiche Schritte zügig umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang bedarf es nicht nur einer Entkriminalisierung der Seenotrettung, sondern auch deren staatlicher Organisation. Zudem müssen vermehrt sichere, legale Einreisemöglichkeiten in die EU geschaffen werden. Wir fordern dazu auf, auf die Evakuierung der Lager der sogenannten Hotspots hinzuwirken und entsprechende Aufnahmeprogramme umzusetzen. Dabei sind die besonderen Bedarfe von Minderjährigen unbedingt zu berücksichtigen.